

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns eine Anfrage mit der Bitte um Stellungnahme zu ihrem Aktionsprogramm geschickt. Im Folgenden erläutern wir unsere Position zu den von ihnen genannten Themenbereichen.

Eine moderne Familienpolitik und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehören für uns untrennbar zusammen. Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches

Leben und Miteinander ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens.

**Bundesgeschäftsstelle
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
info@gruene.de
<http://www.gruene.de>

Berlin, 5. Mai 2015

Die Probleme, die Sie beschreiben, sehen wir teilweise auch, teilweise verzerren Sie die tatsächlichen Schwierigkeiten von heutigen Familien. Viele Umfragen der letzten Jahre zeigen: Der Großteil der Familien wünscht sich heute, dass beide Partner für Familie und Beruf zuständig sind. Viele Frauen, die eine Teilzeitstelle mit 15 oder 20 Wochenstunden haben, wünschen sich, mehr zu arbeiten. Und sie wollen sich für das Alter absichern, genauso, wie Männer es ganz selbstverständlich tun. Viele Männer hingegen, würden gern weniger als die obligatorischen 40 Wochenstunden in der Firma verbringen, um stattdessen mehr Zeit für die Familie zu haben.

In der Realität hapert es aber bei den meisten Familien an der Umsetzung ihrer eigenen Wünsche und damit auch am bisherigen System. Finanzielle und strukturelle Fehlanreize wie das Ehegattensplitting, die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, die kostenlose Mitversicherung, Minijobs oder das Betreuungsgeld sind große Hürden, um eine partnerschaftliche Aushandlung der Erziehungs- und Pflegearbeit zu organisieren. Statt weiterer staatlicher Anreize für Frauen, zu Hause zu bleiben, sollten wir vielmehr diese Fehlanreize abschaffen, in die Infrastruktur investieren und mit einer neuen Zeitpolitik partnerschaftliches Familienleben ermöglichen.

Die Gleichstellungsberichte der Bundesregierung und dutzende Studien haben immer wieder deutlich gemacht, dass für die Gleichstellung von Frauen und Männern die Lebensverlaufsperspektive zentral ist, damit Frauen nicht in der Altersarmut landen. Es ist für uns zentral, Bedingungen und Anreize zu schaffen, die eine eigenständige Existenzsicherung aller Menschen ermöglichen. Genau deshalb fordern wir ausreichende und hochwertige Kitas, das Ende der Fehlanreize, gleiche Löhne für Männer und Frauen und eine moderne Zeitpolitik. In diesem Zusammenhang stehen auch unsere Forderungen nach einer Aufwertung, besseren Bezahlung und gerechteren Verteilung der Care-Arbeit (Pflege, Betreuung, Erziehung).

Der Ausgangspunkt unserer Familienpolitik ist das Wohl des Kindes. Laut einer Studie des statistischen Bundesamts lebten im Juli 2014 mehr als 1,64 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Familien, die auf Hartz IV

angewiesen sind. Wir wollen Kinder vor Armut schützen. Daher arbeiten wir an einem Modell einer Kindergrundsicherung, die alle Kinder zuverlässig vor Armut schützt und bei der jedes Kind dem Staat gleich viel Wert ist – unabhängig von der Lebensform seiner Eltern. Ein von der Höhe des Einkommens abhängiger Kindergeldzuschlag soll das Existenzminimum von Familien in den unteren Einkommensgruppen erhöhen. Damit schaffen wir die Grundlage für ein modernes und gerechteres System der Familienförderung, das Kinder in den Mittelpunkt stellt.

Die Chancen für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden und ihr Leben später selbst in die Hand nehmen zu können, sind nicht für alle gleich. Schlimmer: Obwohl diese Ungerechtigkeit bekannt ist, ändert sich zu langsam etwas daran. Bildungsarmut wird vererbt, weil das deutsche Bildungssystem daran scheitert, den Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund abzukoppeln. Viel zu oft steht schon bei der Geburt fest, wohin der Weg des Kindes führt. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien kämpfen oft mit Vorverurteilungen und unzureichender Förderung, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Wir aber wollen kein Kind zurücklassen. Wir wollen die Blockaden wegräumen und Wege aufzeigen, die die Potentiale aller Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung bringen. Dafür brauchen wir zuerst mehr und auch bessere Kita-Plätze, um Kinder schon früh fördern zu können, und besser qualifizierte Tagesmütter und -väter. Das Betreuungsgeld setzt die falschen Anreize, es belohnt Familien, die ihre Kinder vom Bildungsort Kita fernhalten – wir wollen es daher zugunsten einer besseren Ausstattung der Kitas wieder abschaffen!

Sollten Sie noch Fragen haben, finden Sie weitere Informationen auf unserer Homepage:
<http://www.gruene.de> und <http://www.gruene.de/themen/soziale-gerechtigkeit/familie.html>.